

Einhausung der A5

Zu: „Wohnungsnot ist nur gemeinsam zu lösen“, FR-Regional vom 20.11.

Seit langem verfolge ich die Diskussion um das geplante Neubaugebiet beidseitig der A5. Haben die Verantwortlichen nicht das wichtigste Detail, ohne dass dieses Vorhaben nicht durchgeführt werden kann, vergessen: die Einhausung der A5 im betreffenden Abschnitt? Das ist für mich die Basis aller Überlegungen. Ausgenommen nur, wenn davon ausgegangen worden ist, dass bis zur Fertigstellung des Neubaugebietes keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr fahren dürfen.

Marian Hering, Meerholz

Extrem potthässig

Zu: „Schutzrampen vorm Weihnachtsmarkt“, FR-Regional vom 27.11.

Heute bin ich über den Weihnachtsmarkt gelaufen und war beeindruckt von den vielen Betonpollern rund um das wuselige Treiben, die dort zur Sicherheit aufgestellt sind. Das ist schon sehr gut. Allerdings finde ich diese Dinger so was von extrem potthässig! Ich schlage deshalb vor, dass man den vielen Graffiti- und SpraykünstlerInnen und Schulklassen in der Stadt anbietet, sie farbig oder irgendwie kreativ zu gestalten. Ich glaube, alle würden sich darüber freuen!

Elisabeth Helfrich, Frankfurt

Brot statt Böller

Zu: „Städte gegen Böller-Bann“, FR-Regional vom 28.11.

Es ist so traurig: Mühsam und viel zu langsam ziehen Vernunft und Wissen über die vielfältige Zerstörung der Umwelt in den Köpfen ein, aber an Silvester wird mal so richtig gefeiert: Ein Sechstel der Feinstaubmenge des ganzen Jahres wird völlig sinnlos verpulvert mitsamt der Abermillionen Euro und allen bekannten Folgeschäden wie Vermüllung von Böden und Gewässern, Tierqualen etc. Aber unsere Politiker trauen sich wieder mal nicht, mit angeblich „unpopulären Maßnahmen“ diesen völlig entgleisten Böllerwahn einzudämmen. Nicht mal die Umweltdezernentin Rosemarie Heilig (Grüne) will den Menschen „den Spaß vermiesen“.

In weiten Teilen der Erde herrschen mittlerweile wieder Krieg und Armut, und wir wollen angeblich ein bisschen Spaß – so wie die „freien Bürger auf freien Autobahnen“. Es darf jetzt auch mal an der Spassschraube gedreht werden. Ich hoffe auf Politiker, die sich mal was trauen. Es wird Zeit für „Brot statt Böller“. Bernd Tettenborn, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Wer kontrolliert die AWO noch?

Zu: „AWO schafft Luxus-Autos ab“ und „AWO tief gespalten“, FR-Regional vom 4. und 5. Dezember

Luxus-Dienstwagen sind eine Frechheit

Die Machenschaften der AWO sind unerträglich. Der AWO-Frankfurt gehört die Gemeinnützigkeit entzogen und neue Auftragsvergaben müssten privatwirtschaftlich ausgeschrieben werden. Für was die SPDler bei der AWO alles fürstlich bezahlt werden, ist schon erstaunlich. Dienstwagen der gehobenen Klasse sind eine Frechheit, aber das wird die SPD wieder Prozenten kosten!

Die AWO erklärt, es gebe nun keine Dienstwagen mehr, weil der/die Fahrer/-in die Leasingraten selbst bezahlen. Das ist nur die halbe Wahrheit. Die Treibstoffe sowie Wartung/Reparaturen zahlt die AWO. Die Leasingraten vermindern das Bruttogehalt, wodurch der Lohnsteueranteil sinkt. Nur wenn die Fahrzeuge auch auf die Fahrer/-in zugelassen sind, sind es keine Dienstfahrzeuge mehr!

Dass die AWO auch noch den staatlichen Essensgeldzuschuss für Flüchtlingsheime nicht voll für die Bedürftigen verwendet,

muss strafrechtliche Konsequenzen haben.

Berthold Zehetbauer, Hattersheim

Verantwortungsgefühl und Anstand

Weshalb ist OB Peter Feldmann eigentlich unter Beschuss? Es geht in der Hauptsache um den Verdacht vorsätzlich überhöhter Abrechnungen der AWO mit der Stadt Frankfurt. Im Zusammenhang mit dem Betrieb von Asylbewerber-Unterkünften und dem dafür eingesetzten Sicherheitsdienst. Dafür hatte die AWO extra eine Tochterfirma gegründet. Es geht auch darum, weshalb die AWO angeblich überhöhte Gehälter an ihr Personal zahlt und dem leitenden Personal Luxuslimousinen zur Verfügung stellt. Dabei steht auch das angeblich überhöhte Gehalt der Ehefrau von OB Feldmann in der Kritik. Wenn überhaupt, dann könnte sich Frau Zübeyde Feldmann äußern. Das kann sie aber nicht. Sie unterliegt im Rahmen ihres Arbeitsverhältnisses nämlich der Schweigepflicht. Darauf wird die AWO Frankfurt aus na-

heliegenden Gründen auch bestehen.

Zu rechtfertigen hat sich nur der AWO-Kreisverband Frankfurt. Im Interesse der vielen Ehrenamtlichen, der unzähligen Spender und der Bürgerschaft. Die direkt Verantwortlichen sind auf Tauchstation. Der Vorsitzende des Kreisverbandes Ansgar Dittmar war noch nie zu vernehmen, den Geschäftsführer Jürgen Richter scheint es nicht zu geben. Er wird Ende des Jahres in den Ruhestand treten. Von seiner Verantwortung wird es ihn nicht befreien. Und die Revisorin Ulli Nissen, MdB, erklärt eiskalt, sie habe sich darauf verlassen, dass die Abrechnungen in Ordnung sind. Der sofortige Rücktritt dieser Verantwortlichen wäre angesagt. Wenn sie das notwendige Verantwortungsgefühl und Anstand hätten. Dass SPD-Mitglieder ihre Ämter im Vorstand der AWO Frankfurt ruhen lassen, ehrt sie. Doch dieser Schritt ist kontraproduktiv. Wer kontrolliert das Geschäftsgebaren des Vereins dann noch? OB Feldmann jedenfalls nicht.

Claus Kopinski, Frankfurt

Dünne Erklärung nach einer Woche

Zu: „Streit über Feldmann“, FR-Regional vom 5. Dezember, und „Das Urteil fällt viel zu früh“, Leserforum vom 4. Dezember

Da wird vordergründig und emanzipiert klingend beklagt, Frau Feldmann sei schließlich ein selbstständiger Mensch (als ob das jemand bestritten hätte) und ihrem Mann keine Rechenschaft schuldig (was uns alle nix angeht). Und der OB Feldmann sei schließlich keiner, der in den Gehaltsabrechnungen seiner selbstständigen Frau herumwühle – hat das jemand verlangt? Schließlich sollte der liebe Gatte beim Unterschreiben der jährlichen Steuererklärung ganz ohne altväterlichen Kontrollwahn das Jahreseinkommen bemerkt haben, oder? Hier soll mit Nebenaspekten von den Sachverhalten abgelenkt werden. Darauf herumzureiten und inzwischen auch noch Antisemitismus ins Spiel zu bringen, ist zu platt und durchsichtig, um als ehrliche Ar-

gumente durchzugehen. Hier wird es unanständig.

Wenn doch alles so klar und legal ist, dann darf man aber schon fragen, warum der OB eine Woche benötigt für eine recht dünne Erklärung zur Sache. Und man darf erst recht fragen, weshalb er zuvor schon ein Interview in „Bild“ zu diesem Sachverhalt veröffentlichen lässt – ist das jetzt das offizielle Organ der Stadt Frankfurt? Ein Blättchen mit fragwürdigem Ruf als Organ eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters?

Besonders ärgerlich ist, wenn das absurde Verfahren der AWO mit Dienstwagen vehement verteidigt wird. Sicher braucht's da eigene Fahrzeuge, aber was soll eine interne Regelung, die Autos im Wert von 80 000 Euro vorsieht? Mittel-

klassewagen für 30 000 tun es sicher auch. Von einem Verein, dessen Hauptaufgabe es ist, sozial schlechter gestellte Menschen zu unterstützen (z.B. Betreuung von Menschen mit Behinderungen, Senioren, auch Kindergärten, Beratungsstellen für Migranten, Asylbewerber und Menschen in Notlagen) kann man erwarten dass er sorgsamer mit seinen Geldern umgeht. Die Gründerin des Verbandes Marie Juchacz hat besseres verdient als diesen Umgang ihrer späteren Nachfolger mit den anvertrauten Geldern. Und dass offensichtlich etliche Sozialdemokraten in diese Affäre verstrickt sind, macht es für mich noch ärgerlicher (sehr zurückhaltend ausgedrückt). Manfred Stibaner, Dreieich

Diskussion: frblog.de/feldmann-2

Die skandalöse Voreingenommenheit eines Richters

Zu: „Richter macht sich NPĐ-Vorurteile zu eigen“ und „Neuer Neonazifall bei der Bundeswehr“, FR-Regional vom 2. Dezember

Das Urteil des Gießener Amtrichters ist ein schönes Beispiel dafür, dass gelegentlich auch ein überschaubarer Verstand ausreicht, um in die Besoldungsgruppe R1 zu kommen. Was von dem Urteil bisher bekannt wurde, reicht aus, um die Geschichtskennntnisse seines Verfassers ernsthaft in Zweifel zu ziehen. Die Behauptung, der Untergang Roms (ob er West- oder Ostrom meint, lässt der Amtrichter im Dunkeln) sei auf dessen „Fremdenfreundlichkeit“ zurückzuführen, ist amüsant, aber wissenschaftlich ebenso wenig haltbar wie die lang vertretene

Annahme, die Ursache sei die römische Dekadenz gewesen. Das Ende des weströmischen Reiches begann im 5. Jahrhundert, als Bürgerkriege, Soldatenrevolten und Steuerausfälle dazu führten, dass der Kaiser weder seine Soldaten noch die überbordende Bürokratie bezahlen konnte. Das oströmische Reich endete bekanntlich 1453 mit der Einnahme Konstantinopels durch die Türken. Sowohl das west- wie das oströmische Reich führten grausame Eroberungskriege und versklavten die Bevölkerung der eroberten Länder. Abgesehen von wenigen Kaufleuten waren „Mi-

granten“ in beiden Staaten entweder Sklaven oder Geiseln. Wer deren Behandlung „fremdenfreundlich“ nennt, hat im Geschichtsunterricht geschlafen. Dasselbe gilt für die Beispiele Latein- und Nordamerika. In der Conquista Südamerikas kann ebenso wenig eine Migrationsbewegung gesehen werden, wie im deutschen Überfall Polens 1939. Auch die nordamerikanischen Indianer wurden nicht Opfer ihrer „Fremdenfreundlichkeit“, sondern gingen am Rassismus und den überlegenen Waffen der weißen Eroberer zugrunde. Die von dem Gießener Amtrichter

angeführten angeblich „realen Gefahren“ offenbaren eine für einen Richter skandalöse Voreingenommenheit: Es sind die üblichen Verdächtigen, die das „gesunde“ Volksempfinden gemeinhin mit Muslimen in Verbindung bringt.

Bei der Qualität des Urteils kann man nur hoffen, dass hier ein Richter auf Probe am Werk war. Anderenfalls sollte ihn der hessische Justizminister schnellstmöglich in eine Abteilung für Grundbuchsachen versetzen. Dort sind historische Grundkenntnisse nicht vonnöten. Peter Arnold, Bad Homburg